

Aktg GmbHG Aktiengesetz GmbH Gesetz Aktuelle Gese

[#German company law](#) [#Aktiengesetz GmbHG](#) [#Corporate law Germany](#) [#German business legislation](#) [#Current legal acts Germany](#)

Dive into the intricacies of German company law, covering essential regulations such as the Aktiengesetz (Stock Corporation Act) and the GmbHG (Limited Liability Company Act). This resource provides a concise overview of the corporate legal framework in Germany, highlighting key legislation and current legal acts that govern business entities. Understand the foundational principles that shape corporate governance and compliance within the German legal landscape.

Accessing these notes helps you prepare for exams efficiently and effectively.

We sincerely thank you for visiting our website.

The document German Company Law is now available for you.

Downloading it is free, quick, and simple.

All of our documents are provided in their original form.

You don't need to worry about quality or authenticity.

We always maintain integrity in our information sources.

We hope this document brings you great benefit.

Stay updated with more resources from our website.

Thank you for your trust.

This document is widely searched in online digital libraries.

You are privileged to discover it on our website.

We deliver the complete version German Company Law to you for free.

Aktg GmbHG,

AktG - GmbHG 2017, Aktiengesetz - GmbH-Gesetz, Aktuelle Gesetze, 2. Auflage 2017. Rechtsstand: Januar 2017

AktG - GmbHG 2016, Aktiengesetz - GmbHG-Gesetz, Aktuelle Gesetze, 1. Aufl. 2016

AktG | GmbHG 2016, Aktiengesetz | GmbHG-Gesetz, Aktuelle Gesetze

Aktiengesetz

Aktiengesetz mit GmbH-Gesetz. (AktG & GmbHG) Textausgabe für Studium und Beruf. Rechtsstand 2. Januar 2019 ISBN: 9783947894109

Aktiengesetz, gmbh-gesetz

Wirtschaftskriminalität verursacht einen erheblichen Schaden. Eine profunde Ursachenanalyse bietet Potentiale, fraudulenten Handlungen zielgerichtet zu begegnen. Die Aufarbeitung wissenschaftlicher Erklärungsansätze bildet dabei die theoretische Grundlage. Im Rahmen der empirischen Untersuchung befragt Alexander Schuchter Wirtschaftsdelinquenten. Ihnen zufolge ist einzig die Gelegenheit eine zwingende Tatvoraussetzung, wobei der Druck den wesentlichen Beitrag zur Ausübung leistet. Effektive Kontrollen, kompetente und achtsame Führungskräfte, qualifizierte Aufsichtsorgane, externe und neutrale Fachspezialisten sowie staatliche Regulierung werden als die wirksamsten Präventionsmassnahmen identifiziert.

Aktiengesetz (AktG), GmbH-Gesetz (GmbHG)

Diese wissenschaftlich anspruchsvolle und zugleich praxisorientierte Kommentierung behandelt die für kapitalmarktorientierte Unternehmen wichtigen Vorschriften und enthält eine vollständige Erläuterung

des DCGK mit Stand Mai 2013. Sie berücksichtigt bereits die Änderungen durch das AIFM-UmsG und das 2. KostRMOG. Jetzt neu ist die substantiierte systematische Erläuterung der Unternehmensbewertung, die bei Fragen des Konzernrechts oder beim Spruchverfahren erhebliche Bedeutung hat. Auf rund 2.500 Seiten erläutern die Autoren nicht nur das Aktiengesetz sondern auch praxisrelevante Nebengesetze und für kapitalmarktorientierte Unternehmen relevante Vorschriften. Das sind:

- §§ 12-15b, 20a, 21-30, 37b, 37c WpHG • §§ 27, 30, 33-33c, 39a-39c WpÜG • Spruchgesetz • Deutscher Corporate Governance Kodex

Das Autorenteam aus Wissenschaft, Wirtschaft und Beratung garantiert einen hohen Praxisbezug und schlägt eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis. Die Kommentierung orientiert sich an der höchstrichterlichen Rechtsprechung. In der Auseinandersetzung mit Rechtsprechung und Literatur werden wissenschaftliche Akzente gesetzt. Mit dem Kauf erhalten Sie den Kommentar für Ihre Recherche gratis auch als E-Book.

Aktiengesetz

Bachelorarbeit aus dem Jahr 2008 im Fachbereich Jura - Steuerrecht, Note: 1, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt (Institut für Rechtswissenschaft), Veranstaltung: Seminar Steuerrecht, Sprache: Deutsch, Abstract: Gerade in Zeiten der Finanzkrise wird es für Unternehmer immer schwieriger an Kapital zu kommen, um ihre Projekte umzusetzen. Dabei hat ein Unternehmer die Möglichkeit sich am Markt Eigenkapital oder Fremdkapital zu beschaffen. Wobei beide Varianten ihre Vor- und ihre Nachteile haben. Entscheidet man sich für das Eigenkapital, dann muss man neue Gesellschafter aufnehmen, zum Beispiel durch Gründung einer Aktiengesellschaft. Der Vorteil ist, dass den Gesellschaftern eine Gewinnbeteiligung zusteht, die nur zur Auszahlung kommt, wenn auch entsprechender Gewinn vorhanden ist. Ausserdem verbessert der Zufluss von Eigenkapital unternehmensbezogene Kennzahlen, was den Banken eher eine Kreditvergabe ermöglicht. Ein riesiger Nachteil ist jedoch, dass die neuen Gesellschafter auch Mitbestimmungsrechte haben und die Machtstrukturen im Unternehmen verändert werden. Demgegenüber hat die Beschaffung von Fremdkapital den Vorteil, dass die Kapitalgeber kein Mitbestimmungsrecht erhalten und die Machtstrukturen daher erhalten bleiben. Nachteilig kann sich die Aufnahme von Fremdkapital auswirken, wenn in finanziell schwierigen Zeiten die Zinsen gezahlt werden müssen, auch wenn nur sehr wenig Gewinn vorhanden ist. Die stille Gesellschaft bietet die Möglichkeit, die Vorteile von der Eigenkapitalbeschaffung mit den Vorteilen der Fremdkapitalbeschaffung zu verbinden. Das heisst, das Kapital des stillen Gesellschafters wird wie Fremdkapital betrachtet, weshalb ihm keine Mitbestimmungsrechte zustehen, außerdem erhält er eine Gewinnbeteiligung. Der Unternehmer zahlt also nur, wenn verteilungsfähiger Gewinn vorhanden ist. Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Betrachtung der Stillen Gesellschaft (stGes). Zunächst wird die stGes allgemein betrachtet. Die Betrachtung geht dabei sowohl auf den Unternehmer als auch auf den Stillen ein. Zusätzlich wird die stGes im Unternehmens- und Steuerrecht besprochen, sowie die Bilanzierung der Stillen Gesellschaft. Im Anschluss daran erfolgt die Betrachtung der stGes im Kapitalverkehrssteuergesetz (KVG).

Bürgers/Körper, Aktiengesetz

Diplomarbeit aus dem Jahr 2000 im Fachbereich BWL - Rechnungswesen, Bilanzierung, Steuern, Note: sehr gut, Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Oldenburg e.V. (-), Sprache: Deutsch, Abstract: Das externe Rechnungswesen liefert wichtige Informationen. Diese Daten mit den Daten anderer Unternehmen vergleichen zu können, ist eines der wichtigsten Ziele auf dem internationalen Kapitalmarkt. Durch die jeweiligen nationalen Rechnungslegungsvorschriften ist das Ziel der Vergleichbarkeit kaum erreichbar. Deutsche Kapitalgesellschaften haben Jahresabschlüsse auf Grundlage des Handelsgesetzbuches vorzulegen. Die Vorschriften des Handelsgesetzbuches verkörpern vor allem Begriffe, wie Vorsichtsprinzip und Gläubigerschutz, was sich aus den Bewertungs- und Ansatzvorschriften ergibt. Dies bedingt, daß die Ergebnisausweise, je nach Rechnungslegungsmethode, mehr oder weniger stark voneinander abweichen. Daraus resultierend sind Versuche deutscher Unternehmen gescheitert Zugang zur New York Stock Exchange (N.Y.S.E.), einem „der wichtigsten internationalen Börsenplätze“, zu bekommen, während die US-amerikanische Rechnungslegung an deutschen Börsen anerkannt worden ist. Aus diesem Grund gehen immer mehr deutsche Unternehmen dazu über, ihre Jahresabschlüsse auch nach US-amerikanischer oder internationaler Rechnungslegung vorzulegen. Unternehmen, die sich im Handelssegment der Deutschen Börse AG „Neuer Markt“ – ein Handelssegment für kapitalbedürftige Wachstumsunternehmen und risikobereite Investoren – listen lassen, sind mittlerweile sogar verpflichtet, neben dem Abschluss nach HGB, einen Abschluß auf Grundlage der US-amerikanischen „Generally Accepted Accounting Principles“ (US-GAAP) oder den „International Accounting Standards“ (IAS) vorzulegen, wobei eine Überleitungsrechnung akzeptiert wird. Ziel dieser

Arbeit ist es, die wesentlichen Unterschiede in der Rechnungslegung nach HGB und IAS und deren Auswirkungen herauszuarbeiten um letztlich die Frage zu klären, welche Rechnungslegungsmethode die realistischeren Ergebnisse liefert. Darüber hinaus sollen die Auswirkungen der Rechnungslegungssunterschiede auf einige betriebswirtschaftliche Kennzahlen untersucht werden.

Perspektiven verurteilter Wirtschaftsstraftäter

Diplomarbeit aus dem Jahr 2000 im Fachbereich BWL - Rechnungswesen, Bilanzierung, Steuern, Note: sehr gut, Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Oldenburg e.V. (-), Sprache: Deutsch, Abstract: Das externe Rechnungswesen liefert wichtige Informationen. Diese Daten mit den Daten anderer Unternehmen vergleichen zu können, ist eines der wichtigsten Ziele auf dem internationalen Kapitalmarkt. Durch die jeweiligen nationalen Rechnungslegungsvorschriften ist das Ziel der Vergleichbarkeit kaum erreichbar. Deutsche Kapitalgesellschaften haben Jahresabschlüsse auf Grundlage des Handelsgesetzbuches vorzulegen. Die Vorschriften des Handelsgesetzbuches verkörpern vor allem Begriffe, wie Vorsichtsprinzip und Gläubigerschutz, was sich aus den Bewertungs- und Ansatzvorschriften ergibt. Dies bedingt, daß die Ergebnisausweise, je nach Rechnungslegungsmethode, mehr oder weniger stark voneinander abweichen. Daraus resultierend sind Versuche deutscher Unternehmen gescheitert Zugang zur New York Stock Exchange (N.Y.S.E.), einem "der wichtigsten internationalen Börsenplätze".

Aktiengesetz

Die Arbeit untersucht Grund und Grenzen der Dispositionsbefugnis der Gesellschafter über das GmbH-Vermögen im Rahmen der sog. Organuntreue. Der normative Zusammenhang zwischen der juristischen Person und ihren natürlichen „Hinterleuten“ wird in einem neuartigen und grundlegenden Zugang in seinem spezifisch gesellschaftsrechtlichen Kontext in Beziehung zu rechtsphilosophischen Begründungszusammenhängen gesetzt, indem in Abgrenzung zu insbesondere systemtheoretischen und ökonomischen Ansätzen die Grundbegriffe Person, Institution und Korporation unabhängig von kontingenten funktionalistischen und wirtschaftlich-utilitaristischen Erwägungen über ein freiheitlich-intersubjektives Anerkennungsverhältnis bestimmt werden. Die Grenze einer Dispositionsbefugnis der GmbH-Gesellschafter wird dabei über eine unternehmensbezogene teilhabegerechtigkeitstheoretische Aktualisierung der Kantischen Privatrechtslehre entwickelt.

Aktiengesetz

Im Gegensatz zu anderen Gesellschaftsformen ist bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts im BGB nur indirekt von der Gesellschafterversammlung die Rede. Es wird lediglich auf Beschlussfassungen im Gesellschafterkreis abgestellt. Die Regelungen bei der offenen Handelsgesellschaft sind nach den Vorgaben des HGB nicht wesentlich ausführlicher, obgleich § 119 HGB zumindest eine Regelung über Gesellschafterbeschlüsse enthält. Offen sind damit die Fragen, wer berechtigt ist eine Gesellschafterversammlung einzuberufen, in welcher Form dies zu erfolgen hat, welche Fristen einzuhalten sind, wie detailliert die Beschlussfassungen benannt sein müssen, wer und in welcher Form Ergänzungen zur Tagesordnung verlangen kann und was passiert, wenn nicht alle Gesellschafter an der Beschlussfassung mitwirken. Sind ausführliche Regelungen in den Gesellschaftsverträgen enthalten, ist auf Grundlage der Privatautonomie eine substantielle Basis gegeben. Fehlt es an weitergehenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag, ist der Ablauf aus dem Gesetz abzuleiten. Die Mitwirkungserfordernis aller Gesellschafter und die vorgesehene Einstimmigkeit können zu ungeklärten Entscheidungssituationen führen, die die Gesellschaft in ihrer Handlungsfähigkeit blockieren. Die hierfür anwendbaren Rechtsprinzipien und Entscheidungsvorgaben werden in der vorliegenden Untersuchung dargestellt, um für den Fall fehlender oder nicht ausreichender Regelungen ein geeignetes Handlungsraaster an der Hand zu haben.

Verzeichnis lieferbarer Bücher

English summary: Much like corporations, associations (Vereine) are often integrated into groups of enterprises. The study deals with the issues raised by such integration, examining associations in their role as a controlling entity as well as in their role as a controlled entity. German description: Vereine sind im Zuge ihrer gestiegenen unternehmerischen Bedeutung vielfach in ähnlicher Weise wie Handelsgesellschaften in Unternehmensgruppen eingebunden. Lars Leuschner identifiziert die hierdurch hervorgerufenen Probleme und führt sie Lösungen zu. Besonderen Raum nimmt dabei die Konstellation ein, dass ein Verein als Konzernspitze fungiert. In diesem Zusammenhang geht der Autor unter anderem der Frage nach, inwieweit die aus dem Aktienrecht bekannten aHolzmüller-Grundsätze

auch auf den Verein Anwendung finden und deren Vorstände zwingen, im Zuge von Umstrukturierungsmassnahmen die Mitgliederversammlung zu befragen. Ausführlich behandelt wird aber auch die Rolle des Vereins als abhängiger Verband. Mit Blick auf die Stellung des Vereins als Grundtypus der privatrechtlichen Körperschaft zielen die diesbezüglichen Überlegungen darauf, über das Konzernrecht des Vereins hinaus Grundzüge des Rechts des abhängigen Verbands herauszuarbeiten.

Die stille Gesellschaft im Abgabenrecht

Demokratisierung in der Organisation: Das Buch ist ein Versuch, das Verhältnis von individueller Autonomie und den Zielen von Führung und Organisation, also der sozialen Ordnung im Betrieb, neu zu durchdenken. Die Autoren plädieren für die grundsätzliche Weisungsfreiheit aller Mitarbeiter - einer im Rahmen der Rechtslehre im Bereich Management seit langem entwickelten Vorstellung - und beleuchten eine Reihe grundlegender Managementaufgaben aus dieser Perspektive. Führungskräfte erweitern ihr praktisches Wissen um alle Herausforderungen rund um die Themen Management, Mitarbeiterführung, Führungsorganisation und Organisationsrecht. Sie schaffen ein gemeinsames Verständnis für diese Themen im Unternehmen als Grundlage zukünftigen verantwortlichen Führungshandelns. Mitarbeitern bietet das Buch die notwendige Argumentationsgrundlage, um Veränderungen "von unten" zu den Themen Mitarbeiterführung und Führungsorganisation durchzusetzen.

Rechnungslegungsvorschriften großer Kapitalgesellschaften im internationalen Vergleich

Das Buch beschreibt die wesentlichen Aspekte und die Besonderheiten des gesellschaftsrechtlichen Mandats von der Mandatsaufnahme bis zu seiner Beendigung, und zwar sowohl des Beratungsmandats als auch des streitigen Mandats für die verschiedenen Verfahrensbeteiligten. Durch redaktionell hervorgehobene Praxistipps, Hinweise auf wichtige Einzelaspekte, Fall- und Formulierungsbeispiele sowie richtungweisende Rechtsprechung wird der hohe praktische Nutzen des Werks verstärkt.
Leseprobe öffnen

Rechnungslegungsvorschriften großer Kapitalgesellschaften im internationalen Vergleich - Untersuchung des Problems unterschiedlicher Gewinnausweise nach HGB und IAS am Beispiel des Jahresabschlusses einer Aktiengesellschaft

Der komplette Jahresabschluss nach HGB. Dieses Handbuch erläutert detailliert und auf eine sehr verständliche Art und Weise, wie ein Jahresabschluss korrekt erstellt wird und welche Methoden zu seiner Analyse bestehen. Neben den Grundlagen des Jahresabschlusses erläutert das Werk auch die Internationalisierung der Rechnungslegung sowie die Konzernrechnungslegung. Es liefert Studierenden der Wirtschaftswissenschaften sowie Praktikern wertvolles Know-how zur Erstellung, Prüfung und Analyse von Jahresabschlüssen. Die Schwerpunkte * Grundlagen * Handelsrechtliche Jahresabschlussvorschriften * Steuerbilanzen und Wechselwirkungen zwischen Handels- und Steuerbilanz * Jahresabschlussanalyse * Jahresabschlusspolitik * Internationalisierung der Rechnungslegung und deren Konsequenzen für die deutsche Rechnungslegung * Konzernrechnungslegung Es gibt kaum einen Titel zu diesem Thema, der den Stoff so umfassend und verständlich behandelt und sich gleichermaßen gut für Anfänger und Fortgeschrittene eignet. In Zeitschrift Das Wirtschaftsstudium zur Voraufgabe

Börsenblatt für den deutschen Buchhandel

Aus dem Inhalt Dieses Buch dient Studierenden der Rechts- und der Wirtschafts-wissenschaften, aber auch Praktikern – Juristen in Unternehmen, Beratern in Wirtschaftssachen, Strafverteidigern, Staatsanwälten und Richtern –, die einen Einstieg in und eine Übersicht über das umfang-reiche Gebiet des Wirtschaftsstrafrechts suchen. Mit der nunmehr vorgelegten Neuauflage werden die bislang in zwei Bänden erschienenen Werke zum Allgemeinen Teil und Besonderen Teil zu einer Einheit zusammengefasst. Der Autor behandelt in seinem umfassenden Lehrbuch neben dem Besonderen Teil (z.B. Außenwirtschafts-, Kartell- und sonstiges Wettbewerbsstrafrecht, Geldwäsche, Investitionsbetrug, Produkt-piraterie u.v.m.) auch diejenigen Probleme, die sich erfahrungsgemäß häufig bei Fällen von Wirtschaftskriminalität stellen: Fragen hin-reichender Bestimmtheit von Gesetzen und Verordnungen, faktischer („wirtschaftlicher“) oder klassischer (insbesondere teleologischer) Auslegung der Rechtsnormen, Erfassung von Umgehungshand-lungen, Besonderheiten der Rechtfertigungslehre, Auswirkungen der Arbeitsteiligkeit auf die Bestimmung von Tätern und Teilnehmern u.v.m. Insgesamt wollen die insgesamt 68 Fälle aus der deutschen und europäischen Praxis des Wirtschaftsstrafrechts gezielt diejenigen Probleme erläutern, die dem Leser vom „normalen“ Strafrecht her eher unbekannt

sind und daher auf Verständnisschwierigkeiten stoßen können. Der Autor Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Tiedemann ist em. Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau.

Untreue zum Nachteil der GmbH

Das Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrichtlinie (ARUG II) brachte umfassende Änderungen des Aktienrechts. Im Zentrum der Neuerungen stehen das Mitspracherecht der Anteilseigner bei der Vorstandsvergütung und der gesonderte Vergütungsbericht, den Vorstand und Aufsichtsrat für das vergangene Geschäftsjahr erstellen müssen. Parallel zum ARUG II wurde auch der DCGK grundlegend geändert und ist am 20.3.2020 in Kraft getreten. Weitere wichtige Änderungen des Aktienrechts enthielt das Covid-19-Maßnahmegesetz, dass wesentliche Erleichterungen für die Durchführung einer Hauptversammlung vorgesehen hat. Wissenschaftlich anspruchsvoll und zugleich praxisorientiert stellt die Kommentierung des Heidelberger Kommentars die Auswirkungen dieser Reformen auf die Praxis dar. Auch die für kapitalmarktorientierte Unternehmen wichtigen Vorschriften sowie der DCGK werden erläutert. Ergänzend werden die rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Unternehmensbewertung dargestellt. Die Unternehmensbewertung ist wichtig beim Konzernrecht und beim Spruchverfahren. Das Autorenteam aus Wissenschaft, Wirtschaft und Beratung garantiert einen hohen Praxisbezug und schlägt eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis. Die Kommentierung orientiert sich an der höchstrichterlichen Rechtsprechung. In der Auseinandersetzung mit Rechtsprechung und Literatur werden wissenschaftliche Akzente gesetzt.

Die Gesellschafterversammlung bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts und der offenen Handelsgesellschaft

Managementorientiertes Handlungswissen - der perfekte Begleiter für die Weiterbildung! Die Bewältigung neuer Herausforderungen wie Fachkräftemangel und demografischer Wandel erfordert von leitenden Krankenhausärzten neben hoher medizinischer Expertise umfassende Managementkenntnisse. Ein interdisziplinäres Expertenteam aus Hochschulen, Beratungsunternehmen, Krankenkassen und Krankenhäusern vermittelt deshalb grundlegendes und praktisches Handlungswissen für effizientes ärztliches Krankenhaus- und Abteilungsmanagement. Schwerpunkte sind u.a.: •interdisziplinäre Grundlagen für die Krankenhausbetriebsführung •Strategien zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Krankenhauses •Rekrutierung und Bindung von Mitarbeitern •souveräne Kommunikation mit Patienten, Mitarbeitern und Einweisern •erfolgreiche Motivation und Führung unterschiedlicher Mitarbeiterklientele •effizientes Management der Fachabteilung Das Buch ist als Lehrbuch konzipiert und enthält Zusammenfassungen, praktische Tipps und Übungsfragen zur Selbstkontrolle. Besonderes Merkmal ist eine Fokussierung auf die Bedürfnisse neuer Patienten- und Mitarbeiterklientele (Alte Patienten, Generation Y). Adressaten sind vor allem Ärzte und Geschäftsführungen aus öffentlichen Krankenhäusern, privaten Klinikketten, Universitätskliniken und integrierten Versorgungseinrichtungen. Der Einsatz des Buches ist geeignet für die persönliche Weiterbildung, als Grundlage für hausinterne Schulungen und in besonderer Weise für die Vor- und Nachbereitung in Studienprogrammen zum Kranken

Das Konzernrecht des Vereins

Zur schnellen Orientierung im täglichen Wirtschaftsleben Juristische Kenntnisse sind im täglichen Wirtschaftsleben von großer Bedeutung. Dabei ist weniger ein Detailwissen als vielmehr ein fundierter Überblick über die verschiedenen Rechtsmaterien gefragt. Mit „Grundriss Wirtschaftsrecht“ erhalten Sie einen strukturierten Überblick über wirtschaftsrechtliche Themen, die sich über den gesamten Lebenszyklus eines Unternehmens erstrecken. Das Werk sensibilisiert Sie für auftretende juristische Fragestellungen und schafft ein Problembewusstsein für die unterschiedlichsten Rechtsgebiete. Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen dabei im: Zivil- und Zivilprozessrecht Unternehmens- und Gesellschaftsrecht Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht Arbeits- und Sozialrecht Steuerrecht Sanierungs- und Insolvenzrecht Verwaltungs- und Verfassungsrecht Wirtschafts- und Finanzstrafrecht Verfasst von Expertinnen und Experten, die in dem jeweiligen Rechtsgebiet tätig sind, dient das Buch Studierenden sowie Praktikerinnen und Praktikern zum Einlesen in die Materie und als Nachschlagewerk. Zum besseren Verständnis wird die Vermittlung der Inhalte durch zahlreiche Beispiele unterstützt.

Neue juristische Wochenschrift

Band 22 setzt drei Themenschwerpunkte. Mit der Zukunft des Europäischen Vertragsrechts befasst sich Vincenzo Roppo. Sein Beitrag gliedert die vorhandenen Richtlinien in typische Gruppen bzw. Familien. Aus diesen Gruppierungen entwickelt er den Versuch einer systematischen Einordnung, die anknüpft am Schutzgedanken des Verbrauchervertrags sowie an asymmetrischen BGB-Vertragstypen. Probleme des europäischen Gesellschaftsrechts behandelt der Beitrag von Stefano Delle Monache. Ausgehend von der Reform des italienischen Gesellschaftsrechts und deutschen Entwicklungen des GmbH-Rechts befasst sich der Autor eingehend mit dem Aktionsplan der EG zur Modernisierung des Gesellschaftsrechts. Ruggiero Cafari Panico skizziert in seinem Beitrag die Entwicklung der Europäischen Verfassung und ihres Scheiterns. Er legt dar, wie die Politiken der EU sich auf diesem Hintergrund verändern könnte. Kürzere Beiträge und Berichte behandeln aus italienischer Sicht die Themen Nutzungsausfall und Schmerzensgeld bei Verkehrsunfällen (Mansel/Seilstorfer), Immobilienerwerb (Dolce) sowie Fragen des Verfassungsrechts (Caponi, Happacher). Den Gepflogenheiten der Reihe im übrigen entspricht auch Band 22 mit Rezensionen (Michael Stürner), obergerichtlichen Entscheidungen, einer nach Rechtsgebieten gegliederten Rechtsprechungsübersicht, der Übersicht des neuesten deutschsprachigen Schrifttums zum Italienischen Recht sowie verschiedenen Verzeichnissen, die den Stoff für den Leser bestens erschließen. Die Diskussion über das Thema Haftentschädigung beschränkt sich oft auf das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG), das die Staatshaftung für Untersuchungshaft stark begrenzt. Demgegenüber rückt die Autorin mit Art. 5 Abs. 5 EMRK einen völkerrechtlichen Schadensersatzanspruch für rechtswidrig erlittene Untersuchungshaft in den Vordergrund, der im Kontext des geschriebenen deutschen Staatshaftungsrechts nichts anderes als eine Revolution bedeutet. Übersichtlich und praxisnah erläutert die Autorin die relevanten Rechtsgrundlagen des Haftentschädigungsrechts (StrEG, § 839 BGB, Art. 5 Abs. 5 EMRK, Art. 41 EMRK, §§ 198 ff. GVG, Vollstreckungslösung des BGH) und deckt auf, dass in Deutschland eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem völkerrechtlichen Staatshaftungsrecht in den 60er und 70er Jahren aus politischen Gründen unterbunden wurde. Das Thema ist sowohl für die Justizpraxis als auch rechtspolitisch von großer Bedeutung. Art. 5 Abs. 5 EMRK wird, wenn er in seiner Tragweite im Justizalltag erst einmal vollständig (an)erkannt ist, die Position von Untersuchungsgefangenen maßgeblich verbessern.

Demokratisierung in der Organisation

Fachbuch aus dem Jahr 2008 im Fachbereich BWL - Rechnungswesen, Bilanzierung, Steuern, Fachhochschule Erfurt, 29 Quellen im Literaturverzeichnis, Sprache: Deutsch, Abstract: Rechnungslegung wird mitunter als die Sprache der Wirtschaft bezeichnet. Finanzielle Informationen werden kommuniziert, dann aufgenommen und müssen schließlich verstanden werden. In Deutschland existiert bezüglich der Rechnungslegung noch eine Zwei-Klassen Gesellschaft: Auf der einen Seite börsennotierte Konzerne, deren Mutterunternehmen spätestens ab dem 1.1.2007 Konzernabschlüsse nach den IFRSs erstellen müssen. Andererseits kleine und mittlere Unternehmen, die unverbunden und regional tätig sind und auch weiterhin nach HGB und Steuerrecht bilanzieren. Daran wird sich zumindest mittelfristig nichts ändern. Das Handelsrecht bleibt die Referenznorm für das Steuer- und Gesellschaftsrecht. Die Vorschriften über die Kapitalerhaltung und Ausschüttung rekurren ebenso auf einen nach handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellten Jahresabschluss, wie die steuerliche Gewinnermittlung. Ein großer Teil der Absolventen betriebswirtschaftlicher Studiengänge wird in Unternehmen tätig sein, deren Rechnungslegung – und damit auch das interne Berichtswesen – nach Handelsrecht erfolgt. Auch wenn das HGB auf lange Sicht ein „Auslaufmodell“ sein mag, sprechen auch didaktische Gründe für die weitere Beschäftigung. Das HGB liegt uns bereits sprachlich nah. Die in den vergangenen Jahrzehnten erschienene Literatur erleichtert den Zugang und hilft ein tiefes Verständnis für die Grundprinzipien und Grundprobleme der Rechnungslegung zu entwickeln. Es ist wie mit Latein: Erst eine „tote“ Sprache schafft Verständnis und zeigt Strukturen des „lebendigen“ Worts. Da man immer durch Vergleichen lernt, dient das HGB damit auch als Ausgangspunkt und Referenzsystem, wenn es um neue Gesetze oder Standards geht. Die Ausführungen berücksichtigen den aktuellen Rechtsstand (Januar 2008). Auf den vorliegenden Referentenentwurf eines Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wird in einem gesonderten Kapitel eingegangen und an den entsprechenden Stellen vermerkt, wo sich Änderungen ergeben können.

Die Organtheorie im System des Rechts und ihre aktuellen Probleme

Studienarbeit aus dem Jahr 2021 im Fachbereich Jura - Zivilrecht / Arbeitsrecht, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (Zivilrecht), Veranstaltung: Seminar, Sprache: Deutsch, Abstract: Diese Arbeit thematisiert alle relevanten Teilbereiche des Compliance. Zuerst werden fünf

Schritte zu einem Compliance System erläutert, bevor die Rahmenbedingungen im Arbeitsrecht thematisiert werden. Danach wird auf Compliance-Maßnahmen im Arbeitnehmerschutz eingegangen, bevor abschließend beteiligte Personen dargestellt werden. Die Anforderungen an eine rechtskonforme Unternehmensführung sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Compliance entwickelt sich demnach nicht nur im Arbeitsrecht zu einem immer wichtigeren Thema. In arbeitsrechtsrechtlicher Hinsicht befasst sich Compliance mit den vielfältigen Verhaltensregeln in Form von Gesetzen und Richtlinien, aber auch von freiwilligen Kodizes, die es einzuhalten gilt. Im Arbeitnehmerschutz bildet Compliance das Gerüst, um Arbeitnehmer vor Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz zu schützen. Compliance-Regelungen verhindern Gesetzesverstöße aber nur dann, wenn sie auch für alle Arbeitnehmer (AN) verbindlich sind. Nur bindende Compliance-Regeln können arbeitsrechtliche Maßnahmen bei Verstößen gegen die Compliance-Regeln rechtfertigen. Um verbindliche Regelungen zu schaffen, stehen dem Arbeitgeber (AG) bei der Einführung von Compliance in das Unternehmen verschiedene Instrumentarien des Individual- und Kollektivarbeitsrechts zur Verfügung. Schlussendlich müssen sich Unternehmen stets vor Augen führen, dass eine Nichtbeachtung der Gesetze und selbst festgelegten Regelungen zu Sanktionen nicht nur für den AN, sondern auch für den AG führen können. Allgemein gesprochen dient Compliance aber nicht nur der Vermeidung von Haftungsklagen, sondern soll auch Vertrauen schaffen und die Außenwirkung eines Unternehmens verbessern.

Praxishandbuch Gesellschaftsrecht

Damit der Gesellschafter Einfluss auf die Geschäftsführung der GmbH nehmen kann, ist die Beschlussfassung von zentraler Bedeutung. § 47 Abs. 4 GmbHG sieht allerdings verschiedene Stimmverbote vor. So darf der Gesellschafter nach Satz 2 Alt. 1 nicht mitabstimmen, wenn die Beschlussfassung die Vornahme eines Rechtsgeschäfts ihm gegenüber betrifft. Wenn aber nicht der Gesellschafter selbst Vertragspartner werden soll, sondern eine andere Gesellschaft an der er zugleich beteiligt ist, stellt sich in jedem Einzelfall die Frage, ob das Stimmverbot in analoger Anwendung eingreift. Ist der Gesellschafter zugleich Alleingesellschafter der Vertragspartnerin, wird das Eingreifen des Stimmverbots allgemein bejaht. Sobald diese Grenze unterschritten wird, besteht aber sowohl in der Rechtsprechung als auch in der Literatur Uneinigkeit. Ungeklärt sind vor allem zwei Fragen: Welche Kriterien sind für die Beurteilung, ob eine analoge Anwendung geboten ist, maßgeblich? Wo liegt die Grenze, wenn man sich für eine formale Betrachtung anhand der Beteiligungshöhe entscheidet? Bei den bisher genannten Beteiligungsgrenzen fehlt es an einer tragfähigen Begründung. Ziel der Arbeit ist es, diese zu liefern und der Praxis damit einen rechtssicheren Anknüpfungspunkt zu geben.

Deutsche Nationalbibliographie und Bibliographie der im Ausland erschienenen deutschsprachigen Veröffentlichungen

English summary: According to the prevailing view, there are fundamental differences between the regimes governing a corporate director's liability and the liability of an insolvency trustee continuing a corporation as a going concern in insolvency. Udo Becker's study shows however that there are significantly more basic similarities than commonly presumed. German description: Die Organhaftung bei einer verbenden Gesellschaft und die Haftung des Insolvenzverwalters bei Fortführung des insolvenzschuldnerischen Unternehmens weichen nach Rechtsprechung und herrschendem Schrifttum in wesentlichen Teilen voneinander ab. Dieser Befund muss überraschen, geht es doch in beiden Fällen der Sache nach um die treuhänderische Verwaltung einer fremden Vermögensmasse. Es stellt sich daher die Frage, wie es zu diesen Unterschieden gekommen ist und warum sie in der heutigen Literatur und Rechtsprechung kaum hinterfragt werden. Udo Becker zeigt auf, dass beide Haftungsregime weit mehr Gemeinsamkeiten haben als geahnt. Eine vergleichende Betrachtung mit der Organhaftung kann aus diesem Grund einen erheblichen Beitrag für die Auslegung der Insolvenzverwalterhaftung leisten.

Der Jahresabschluss

Umfassende Gesamtdarstellung der Haftungsrisiken Das Werk zeichnet ein umfassendes Bild der Haftungsrisiken, denen Vorstände, Geschäftsführer, Aufsichtsräte, Beiräte wie auch leitende Angestellte ausgesetzt sind. Dabei werden die vielfältigen Anforderungen an die Leitung und Überwachung von Unternehmen, die sich aus gesetzlichen Regelungen sowie einer immer umfangreicheren Rechtsprechung ergeben, eingehend erläutert. Fallbeispiele aus der Gerichtspraxis machen anschaulich, wie sich die Anforderungen in der Praxis auswirken. Aus dem Inhalt: – Business Judgment Rule und ihre Anforderungen – Unterschiede in den Haftungsrisiken von Organmitgliedern in den unterschiedlichen Gesellschaftsformen – Haftungsrisiken, die sich im Zusammenhang mit der Insolvenz des

Unternehmens für die Organmitglieder ergeben – Haftungsrisiken von Organmitgliedern gegenüber Aktionären und Anlegern – Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen der Geltendmachung von Organhaftungsansprüchen – Internationale Aspekte der Managerhaftung – D&O-Versicherung Mit wertvollen Praxistipps Der Autor erläutert explizit die Fallkonstellationen, die besonders häufig zu Haftungsansprüchen führen. Prägnante Praxistipps helfen dabei, Haftungsrisiken zu vermeiden oder zu beschränken. Präziser Ratgeber zur Risikovermeidung Die strukturierte Darstellung der anwendbaren rechtlichen Regelungen und der Risikofelder sowie die Fokussierung auf die Risikovermeidung machen das Handbuch zu einem unentbehrlichen Ratgeber für die Unternehmenspraxis.

Wirtschaftsstrafrecht

Bachelorarbeit aus dem Jahr 2008 im Fachbereich Jura - Zivilrecht / Handelsrecht, Gesellschaftsrecht, Kartellrecht, Wirtschaftsrecht, Note: 2, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt (Institut für Rechtswissenschaft), Veranstaltung: Seminar Gesellschaftsrecht, Sprache: Deutsch, Abstract: Die Gründer einer Kapitalgesellschaft sehen sich mit sehr vielen Regelungen konfrontiert. Während der Gründung müssen wesentliche Regelungsinhalte im Gesellschaftervertrag (auch Satzung oder Gründungsvertrag genannt) fixiert und veröffentlicht werden. An diesen Vertrag werden sehr hohe Ansprüche gestellt. Er dient als Grundlage für das Handeln der Gesellschafter. Neben der Satzung hat sich für Gesellschafter eine weitere Vertragsform als besonders geeignet für Absprachen bezüglich der Gesellschaft herausgestellt, der Syndikatsvertrag. Für die Gesellschafter ergeben sich einfache Methoden Nebenabreden und Details zu den Satzungen bzw. Gesellschaftsverträgen zu treffen, da diese keiner Formvorschrift unterworfen sind. Satzung und Syndikatsvertrag existieren zum Teil nebeneinander. Daraus können verschiedene Probleme resultieren, mit denen sich diese Arbeit zum Teil befasst. Vor dem OGH wurde ein Fall zur Zulässigkeit der einstweiligen Verfügung bei einem Syndikatsvertrag geführt (AZ: OGH 28.04.2003, 7 Ob 59/03g). Um diesen Ausführungen besser folgen zu können, werden zunächst die theoretischen Grundlagen zur Aktiengesellschaft und zum Syndikatsvertrag erläutert. Der Syndikatsvertrag wird hinsichtlich der gesellschaftsrechtlichen Einordnung, Regelungsinhalte, Widersprüche zwischen Satzung und Syndikatsvertrag, Rechtsschutzmöglichkeiten und der Beendigung untersucht.

Aktiengesetz

„Pflegemanagement Heute“ begleitet angehende Stations-, Bereichs-, Pflegedienst- oder Heimleitungen in der Weiterbildung bzw. in Pflegemanagement-Studiengängen und steht ihnen auch anschließend beratend zur Seite. Orientiert an den Weiterbildungsempfehlungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) und des Deutschen Bildungsrates (DBR) deckt dieses Buch alle für das mittlere Pflegemanagement praxis- und prüfungsrelevanten Themenbereiche ab. „Pflegemanagement Heute“ Vermittelt wesentliche Grundlagen modernen Management- und Führungswissens für die Bereiche Ökonomie, Personal sowie Qualitätsmanagement Behandelt wichtige Bezugsdisziplinen wie Pflegewissenschaft, Kommunikation, Ethik und Recht Stellt Denkansätze vor und zeigt Möglichkeiten zur Vertiefung auf Neu in der 2. Auflage: Aktualisierung, Überarbeitung und Ergänzung aller Inhalte Lernzielformulierungen für alle Kapitel Verstärkung des Praxisbezugs durch zahlreiche Beispiele aus Klinik, stationärer Altenpflege und ambulanter Pflege

Herausforderung Krankenhausmanagement

Die ertragsteuerliche Organschaft (14 KStG) setzt die Abfuhrung des ganzen Ergebnisses der Organgesellschaft an den Organtrager voraus. Dabei müssen die gesellschaftsrechtlichen Grenzen von Gewinnabfuhrung (301 AktG) und Verlustausgleich (302 AktG) im Vertragskonzern eingehalten werden. Indes ist im Einzelnen ungeklärt, welche Ausschüttungssperren bei Bestehen eines Gewinnabfuhrungsvertrages zugleich Auswirkungen auf den Höchstbetrag der Gewinnabfuhrung und ggf. auch die Verlustausgleichspflicht zeitigen. Julian M. Egelhof widmet sich dieser Frage und untersucht daraufhin die Steuerrechtsfolgen insoweit fehlerhafter Ergebnisabfuhrung. Das dogmatisch komplexe Problem kann bereits de lege lata einer praxisgerechten Lösung zugeführt werden. Überdies gewinnt der Autor aus den Ergebnissen einen Regelungsvorschlag de lege ferenda, der zu einem geschlossenen System der Ausschüttungs- und Abfuhrungssperren in Konzernrecht und Konzernbesteuerung führt.

Aktuelle Rechtsfragen des Fussballsports

Archiv für Post und Telekommunikation

